



Laut INSEE werden in Frankreich bis Ende des Jahres 800.000 Arbeitsplätze abgebaut, so dass die Armut als Folge der Covid-19-Pandemie an Boden gewinnt. Die Gesundheitskrise ist mehr denn je mit einer sozialen Krise gekoppelt.

Laut INSEE werden in Frankreich bis Ende des Jahres 800.000 Arbeitsplätze abgebaut, so dass die Armut als Folge der Covid-19-Pandemie an Boden gewinnt. Die Gesundheitskrise ist mehr denn je mit einer sozialen Krise gekoppelt.

Jeden Tag geraten mehr Franzosen in Armut. Die durch die Coronavirus-Pandemie verursachte Gesundheitskrise hat in ihrem Gefolge eine wachsende soziale Krise hervorgerufen. Und während sich eine zweite Welle von Covid-19-Patienten abzeichnet, könnten die sozialen Kollateralschäden noch viele Monate andauern, da immer mehr Menschen gezwungen sind, auf Nahrungsmittelhilfe und das aktive Solidaritätseinkommen (RSA) zurückzugreifen.

„Es ist ziemlich beunruhigend, weil jeden Monat neue Familien eintreffen, die ein Profil haben, das wir nicht gewohnt waren zu sehen, und die gezwungen sind, auf Nahrungsmittelhilfe zurückzugreifen“, sagt Houria Tareb, nationale Sekretärin des Secours populaire, die von France 24 kontaktiert wurde.

Die Zahlen sind schwindelerregend: Von Mitte März bis Ende August hat der Verband 1,2 Millionen Menschen mehr geholfen, eine Steigerung um 50 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren. Insgesamt haben nach einer Schätzung des Gesundheitsministers Olivier Véran inzwischen mehr als 5 Millionen Franzosen Nahrungsmittelhilfe in Anspruch genommen.

Die junge arbeitende Bevölkerung ist unter diesen Neuankömmlingen überrepräsentiert, ebenso wie die Studenten. „Das sind zum Beispiel junge Ehepaare aus der Wirtschaft, die mit den Prämien ein sehr gutes Gehalt hatten, die über Nacht mit einem Mindestlohn leben müssen und die ihre laufenden Ausgaben nicht bestreiten können“, erklärt Houria Tareb. Es sind auch junge Studenten, die normalerweise Gelegenheitsjobs hatten, vor allem im Gaststättengewerbe, die aber nicht weitermachen konnten und deren finanziellen Mittel von 600 Euro pro Monat bis auf Null fallen.

Neben der Nahrungsmittelhilfe erlebt der Secours populaire eine explosionsartige Zunahme der Anträge auf Wohnraumhilfe sowie der Anträge auf finanzielle Unterstützung. „Heute helfen wir Menschen, die eigentlich ein Gehalt haben, finanziell“, fährt Houria Tareb fort. „Ich war schon in dramatischen Situationen, aber das Besondere an dieser ist, dass anders als bei der Krise von 2008 wir nicht das Ende des Tunnels sehen können“.



Eine Beobachtung, die von den französischen Departements geteilt wird, die in den letzten Monaten eine sprunghafte Zunahme der Anmeldungen für das aktive Solidaritätseinkommen (RSA), für das sie zuständig sind, verzeichnen konnten. So sind die Ausgaben für den RSA zwischen August 2019 und August 2020 um 9,2% gestiegen, so die Versammlung der französischen Departements, die sich auf eine Stichprobe von fünfzehn Departements stützt.

Im Departement Aisne stieg die Zahl der RSA-Empfänger von rund 17.600 zu Beginn des Jahres auf 18.500 im Juli 2020, was einem Anstieg von 5,11% entspricht, und die RSA-Rechnung ist im Vergleich zum August 2019 um 9,19% gestiegen.

In Paris stieg die Zahl der für die RSA registrierten Personen zwischen Januar und Juli 2020 von rund 62.000 auf 68.000, was einem Anstieg von 11% entspricht. Jüngste Budgetprognosen für das Jahr 2020 zeigen einen Gesamtbetrag von 393 Millionen Euro für RSA-Zuweisungen, verglichen mit 364 Millionen Euro im Jahr 2019.

Das letzte Beispiel ist Val-de-Marne, wo sich die Schließung des Flughafens Orly und der starke Rückgang der Aktivitäten auf dem Markt von Rungis stark ausgewirkt haben. Die Zahl der RSA-Empfänger stieg dort um 10%, von 42.000 im Januar auf 46.000 im September, mit einer Beschleunigung in den letzten fünf Monaten um etwa +15%.

„Das ist beispiellos, wir erreichen ein in unserem Departement noch nie dagewesenes Niveau“, sagt Christian Favier, Präsident des Departementrats von Val-de-Marne, der von France 24 kontaktiert wurde, „Die Gesundheitskrise hat sich beschleunigt. Meine Befürchtung ist, dass sich dieser Anstieg wahrscheinlich fortsetzen wird“, fügt er hinzu.

„Aber was mich am meisten beunruhigt, ist, dass es wahrscheinlich junge Leute sind, die kleine Verträge im Hotel- und Gaststättengewerbe, im Veranstaltungssektor oder im Tourismus hatten. Diese Sektoren werden sich nicht sofort erholen. Alle Signale stehen auf rot“.

Zumal die Departements auf Dauer nicht über die Finanzkraft verfügen, um den Anstieg der RSA-Antragsteller zu bewältigen. Der Staat übernimmt die Verantwortung für die Auszahlung der Zulagen über Finanztransfers an die Departements, allerdings nur teilweise. In der Hauptstadt lag der Entschädigungssatz im Jahr 2019 bei 72%, im Jahr 2020 dürfte er jedoch nur 66% betragen, was 130 Millionen Euro entspricht, die nach Angaben des Pariser Rathauses nicht vom Staat kompensiert werden.

„Das soziale Sicherheitsnetz wird geschwächt werden“, sagt Léa Filoche. Dieses System ist nicht dafür ausgelegt, so viele Menschen in so kurzer Zeit zu unterstützen. Der Staat muss



die Kosten für neue RSA-Begünstigte übernehmen“.

Wird dieser Antrag, der von allen Departements geteilt wird, von der Regierung gehört werden? Vom Vorsitzenden des Bewertungsausschusses der nationalen Strategie zur Prävention und Bekämpfung der Armut, Louis Schweitzer, wegen seines Sanierungsplans kritisiert, der sich „zu wenig an die Ärmsten wendet“, hat Premierminister Jean Castex in den kommenden Wochen neue Maßnahmen versprochen.